



Tagesordnung I Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 16. Juni 2009

Vorlagen-Nr. 09-F-01-0049

**Rhein-Main als „Modellregion für Elektromobilität“- Beteiligung Wiesbadens
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 09.06.2009**

Anfang Juni wurde vom Bundesverkehrsministerium das Förderprogramm „Modellregion Elektromobilität“ vorgestellt, bei dem in acht Modellregionen bis 2011 Mittel in Höhe von 115 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung gestellt werden, um die Erprobung und Markteinführung von elektrisch betriebenen Fahrzeugen zu unterstützen. Zur Modellregion Rhein-Main heißt es in der Begründung zur Mittelvergabe:

„Die Modellregion Rhein-Main zeichnet sich durch ein Verkehrsmittel übergreifendes Konzept aus (Pkw, Zweirad, Bus und Bahn), welches stark durch das Land Hessen sowie die beteiligten Städte (Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt, Kassel, Mainz, Wiesbaden) und einer gemeinsamen Organisationsstruktur unterstützt wird. Ein wesentlicher und attraktiver Teil des Konzepts ist ein Demonstrationsprojekt auf dem Frankfurter Flughafen.“

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, darzulegen, wie er sich den Beitrag Wiesbadens im Rahmen des Projekts „Modellregion Elektromobilität“ vorstellt und möge ggf. ein tragfähiges Kurzkonzept vorlegen, um auch in Wiesbaden von der Förderung der Mobilität mit Elektrofahrzeugen zu profitieren.

Denkbar wäre hierbei eine enge Zusammenarbeit zwischen der Fachhochschule Wiesbaden (z.B. FB Maschinenbau), ESWE-Verkehr und anderen Unternehmen, die in Wiesbaden tätig sind und sich mit dem Thema umweltfreundliche Mobilität beschäftigen.

Beschluss Nr. 0092

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2009

Dr. Reinhardt
Vorsitzende

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .06.2009

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2009

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung
Dezernat III
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister